**GEMEINDE RASTEDE
LANDKREIS AMMERLAND**

**Vorentwurf der Satzung
zur Regelung der Außenwerbung
in Teilen des Gemeindegebietes**

Abwägung der im Rahmen

- **der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und**
- **der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

eingegangenen Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsergebnisse der Gemeinde Rastede zu diesen Stellungnahmen sind aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich.

**Landkreis Ammerland
(Stellungnahmen vom 31.05.13, vom 10.06.13
und vom 24.07.13)**

1.

Ich empfehle, das Verkündungsdatum der NBauO in der Präambel zu überprüfen oder aber entfallen zu lassen, und im Kapitel 2.3 der Begründung zu § 3 der beabsichtigten Satzung die Rechtsgrundlagen aus der NBauO zu überprüfen.

2.

Eine Satzung zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes muss als Gestaltungsvorschrift nach § 84 Abs. 3 Nr. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) bestimmt und möglichst konkret sein. Das ergibt sich sowohl aus dem Rechtsstaatsprinzip als auch aus dem Zweck der gesetzlichen Ermächtigung. Hierbei hat die Gemeinde insbesondere zu beachten, dass gestalterische Anforderungen Grundrechte, insbesondere das Eigentumsgrundrecht, berühren, und sie daher das Gebot des geringstmöglichen Eingriffs und das Verhältnismäßigkeitsprinzip einhalten muss, d. h. die Erschwernisse, Mehrkosten und Einschränkungen, die sich bei Werbebeschränkungen für die an der Werbung interessierte Wirtschaft ergeben, müssen erforderlich sein, um den Zweck der Satzung zu verwirklichen, und in einem vernünftigen, abgewogenen Verhältnis zu der erstrebten Verbesserung des Ortsbildes stehen. So wäre z. B. eine Rechtsgüterabwägung nachvollziehbar, wonach in Straßen mit wertvollen Gebäuden oder ruhigem Charakter maximale Höhen und Breiten für Werbeanlagen vorgeschrieben werden. Dies könnte z. B. in der Rasteder Ortsdurchfahrt entlang von Teilen der Oldenburger Straße mit zahlreichen Baudenkmalen der Fall sein. Für die deutlich weitergehenden, im Entwurf skizzierten Bereiche ist eine Rechtsgüterabwägung in der gebotenen detaillierten und abgeschichteten Weise bislang jedoch nicht ausreichend erkennbar und m. E. zu pauschaliert vorgenommen worden, so dass diese Satzung einer gerichtlichen Überprüfung nicht Stand halten dürfte. Ich bitte deshalb darum, die konkrete Abgrenzung in einem Ortstermin bzw. auf der Basis einer fachlichen Grundlage mit mir abzustimmen.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.

Der Anregung wird gefolgt.

Sowohl das Verkündungsdatum der NBauO als auch die Rechtsgrundlagen zu § 3 der Satzung werden richtig gestellt.

zu 2.

Der Anregung wird gefolgt.

Das erbetene Abstimmungsgespräch mit dem Landkreis Ammerland hat am 04.09.2013 stattgefunden.

Dabei führte der Landkreis aus, dass er die rechtlichen Voraussetzungen für den Erlass von örtlichen Bauvorschriften für weite Teile des bislang vorgesehenen räumlichen Geltungsbereiches als nicht gegeben ansieht. Örtliche Bauvorschriften können nur erlassen werden, um bestimmte städtebauliche, baugestalterische oder ökologische Absichten zu verwirklichen oder um die Eigenart oder den Eindruck von Baudenkmalen zu erhalten oder hervorzuheben.

Aufgrund der Heterogenität des bislang vorgesehenen räumlichen Geltungsbereiches kann der Erlass der Satzung für mehrere Straßenzüge schwerlich mit der Umsetzung von bestimmten städtebaulichen, baugestalterischen oder ökologischen Absichten begründet werden. Eine nachvollziehbare Begründung wäre dagegen der Schutz des Ortsbildes im Umfeld von Baudenkmalen bzw. das Vorliegen konkreter städtebaulicher Absichten für einen klar bestimmten Bereich.

Die Gemeinde Rastede folgt somit den Bedenken des Landkreises Ammerland und reduziert den räumlichen Geltungsbereich der Satzung auf folgende Bereiche:

Ortsteil Rastede:

- **Oldenburger Straße** von der Einmündung der Straße *Auf der Raade* bis zur Einmündung der Straße *Am Vorwerk*,
- **Kleibroker Straße** von der *Oldenburger Straße* bis zur Einmündung der Straße *Am Brink*,

<p>noch Landkreis Ammerland</p> <p>3. Dies vorangestellt bitte ich, den Hinweis meiner Unteren Denkmalschutzbehörde zu beachten, wonach Werbeanlagen an Baudenkmalen neben der Einhaltung der Satzung auch den denkmalrechtlichen Anforderungen genügen müssen. Hierfür wäre eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 10 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) bei meiner Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen. Ferner ist auch dann eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 8 NDSchG erforderlich, wenn in der Umgebung eines Baudenkmals eine Werbeanlage errichtet werden soll.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>noch zu 2.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenstraße von der <i>Oldenburger Straße</i> bis zur Einmündung der Straße <i>Auf der Raade</i>, - Bahnhofstraße, von der <i>Oldenburger Straße</i> bis zur Einmündung in die <i>Ladestraße</i>. <p><u>Ortsteil Hahn-Lehmden:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wilhelmshavener Straße, von der Einmündung der der Straße <i>Meenheitsweg</i> bis zur Einmündung der <i>Wiefelsteder Straße</i>. <p>Im nunmehr verbleibenden Geltungsbereich im Ortsteil Rastede wird der Erlass der Satzung vornehmlich damit begründet, dass dort der Eindruck von Baudenkmalen erhalten bleiben und dieser nicht durch zusätzliche Werbeanlagen gestört werden soll.</p> <p>Für den Ortsteil Hahn-Lehmden begründen „bestimmte städtebauliche Absichten“ den Erlass der Satzung. Diese bestehen darin, dass im Zuge einer Dorferneuerungsmaßnahme die öffentlichen Räume (Straßen, Wege, Plätze) im Dorfkern gestalterisch aufgewertet werden sollen. Ergänzend dazu sollen die ortsbildprägenden Gebäude gesichert und wo es erforderlich ist, auch gestalterisch aufgewertet werden. Der Abschluss von Fremdwerbung soll die angestrebte gestalterische Anpassung der öffentlichen Räume an einen dorftypischen Charakter unterstützen.</p> <p>zu 3. Der Hinweis wird beachtet.</p> <p>Eine diesbezügliche Klarstellung wird in die Begründung unter Punkt 3 „Hinweise zur Anwendung der Satzung“ aufgenommen.</p>
---	--

<p>noch Landkreis Ammerland</p> <p>4. Abschließend bitte ich darum, den Satzungsentwurf entsprechend der Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Az.: 21/21102, Außenwerbung) vom 04.06.2013 an die Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) anzupassen.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 4. Aufgrund der Reduzierung des räumlichen Geltungsbereiches (siehe Abwägung zu Punkt 2 der Stellungnahme des Landkreises Ammerland) sind nunmehr keine Straßen, die den Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes unterliegen, von der Planung betroffen.</p> <p>Somit erübrigt sich die geforderte Anpassung.</p>
<p>Gemeinde Ovelgönne (Stellungnahme vom 04.06.13)</p> <p>1. Belange der Gemeinde Ovelgönne sind nicht betroffen, so dass sich eine Stellungnahme erübrigt.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (GB Oldenburg) (Stellungnahme vom 04.06.13)</p> <p>1. Der Geltungsbereich o. g. Satzung umfasst u. a. die A 29, A 293, B 211 und verschiedene Landes- und Kreisstraßen in der Gemeinde Rastede. Die Belange der NLStBV-OL sind betroffen.</p> <p>Die geplanten Regelungen zu den Werbeanlagen werden von mir grundsätzlich begrüßt. Im Satzungsentwurf wird jedoch nicht beachtet, dass für die Bundesfernstraßen mit dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG) andere gesetzliche Regelungen gelten als für die Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen mit dem Nieders. Straßengesetz (NStrG). Entlang der Bundesfernstraßen gilt der § 9 (6) FStrG, d. h. innerhalb der Bauverbotszone gem. § 9 (1) FStrG (40 m bei Bundesautobahnen und 20 m bei Bundesstraßen an freier Strecke) sind Werbeanlagen nicht zulässig. In der Baubeschränkungszone gelten die Bestimmungen des § 9 (6) i. V. mit § 9 (2) FStrG. Der Satzungsentwurf ist an die Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes anzupassen. Dafür sind entweder die zu beachtenden Bestimmungen des FStrG in die Satzung aufzunehmen, oder die betroffenen Flächen der Bundesfernstraßen sind aus der Satzung herauszunehmen.</p> <p>2. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bauleitplanes.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 1. Aufgrund der Reduzierung des räumlichen Geltungsbereiches (siehe Abwägung zu Punkt 2 der Stellungnahme des Landkreises Ammerland) sind nunmehr keine Straßen, die den Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes unterliegen, von der Planung betroffen.</p> <p>Somit erübrigt sich die geforderte Anpassung.</p> <p>zu 2. Der Bitte wird gefolgt.</p>

<p>Stadt Oldenburg (Stellungnahme vom 05.06.13)</p> <p>1. Durch die geplante Aufstellung der o. g. Gestattungssatzung der Gemeinde Rastede sind keine Belange der Stadt Oldenburg betroffen.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Polizeistation Rastede (Stellungnahme vom 12.06.13)</p> <p>1. Aus polizeilicher Sicht bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Handwerkskammer Oldenburg (Stellungnahme vom 21.06.13)</p> <p>1. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu der beabsichtigten Aufstellung einer örtlichen Bauvorschrift zur Regelung der Außenwerbung Stellung nehmen zu können. Vorweg möchten wir anmerken, dass wir die Bestrebung begrüßen, durch eine örtliche Bauvorschrift ein geordnetes und ansprechendes Ortsbild zu fördern und einem Wildwuchs von dem Ortsbild nicht zuträglichen Werbeanlagen entgegen zu wirken. Zu den einzelnen Regelungen möchten wir folgende Hinweise geben:</p> <p>2. § 2 Nr. 2.2</p> <p>Die Satzung soll bei der Neuerrichtung von Werbeanlagen sowie bei deren Um- oder Neugestaltung Anwendung finden.</p> <p>Um mögliche Bestandsschutzfälle eindeutiger abgrenzen zu können, regen wir eine Klarstellung an, ab wann eine Um- oder Neugestaltung vorliegt. Anderenfalls könnte man z. B. den Wechsel einer langfristigen Plakatierung bereits als Um- oder Neugestaltung ansehen.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 2. Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der § 2 Nr. 2.2 erhält nunmehr folgende Fassung:</p> <p><i>Diese Satzung findet Anwendung bei der Neuerrichtung von Werbeanlagen sowie bei deren Um- oder Neugestaltung. Soweit bestehende Werbeanlagen den Anforderungen dieser Satzung nicht genügen, sind sie bei genehmigungspflichtiger Änderung oder Erneuerung den Regelungen dieser Satzung anzupassen.</i></p>

<p>noch Handwerkskammer Oldenburg</p> <p>3. § 2 Nr. 2.3</p> <p>Diese Regelung ist nach unserer Auffassung dahingehend zu verstehen, dass auch die in § 50 Abs. 6 NdsBauO ausgenommenen Werbemittel wie z. B. Auslagen und Dekorationen in Fenstern und Schaukästen von der Satzung erfasst werden.</p> <p>Damit würde auch nicht störende Werbung wie z. B. die Werbung für kulturelle Veranstaltungen durch kleine Plakate in Schaufenstern für unzulässig erklärt. Auch die mit einem Werbeeffekt verbundene Dekoration eines Schaufensters mit Produkten anderer ortsansässiger Unternehmen würde so unterbunden (Beispiel: ein Schneider dekoriert sein Schaufenster mit Schaufensterpuppen, die auf Holzstühlen sitzen und weist auf eine ortsansässige Tischlerei als Leihgeber der Stühle hin).</p> <p>Diese Auslegung würde vermieden, wenn § 2 Nr. 2.3 auf „alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 NdsBauO“ verweist.</p> <p>4. § 2 Nr. 2.4</p> <p>Nach dieser Vorschrift haben die Regelungen in einigen Bebauungsplänen „Vorrang vor dieser Satzung bzw. sind ergänzend anzuwenden“.</p> <p>Diese Formulierung lässt nicht eindeutig erkennen, ob die Regelungen in den Bebauungsplänen der Satzung vorgehen und diese damit ausschließen oder ob die Regelungen der Bebauungspläne und der Satzung einzuhalten sind, so dass eine Werbeanlage die Anforderungen beider Regelwerke erfüllen muss.</p> <p>Durch eine Klarstellung würde ein höheres Maß an Eindeutigkeit und Rechtssicherheit geschaffen.</p>	<p>Abwägung der Gemeinde Rastede</p> <p>zu 3. Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Zwar behält der § 2 Nr. 2.3 seine bisherige Fassung, doch wird in § 3 der Satzung folgender Passus eingefügt:</p> <p><i>Ausgenommen von dieser Regelung sind:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,</i> - <i>Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden.</i> <p>Damit wird sichergestellt, dass in den angegebenen Fällen auch Werbung zulässig ist, die sich nicht auf die Stätte der Leistung bezieht.</p> <p>(siehe auch Abwägung zu Punkt 6 der Stellungnahme der Handwerkskammer)</p> <p>zu 4. Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der § 2 Nr. 2.4 erhält nunmehr folgende Fassung:</p> <p><i>Die Örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung von Werbeanlagen, die in Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 60 „Ortskern Rastede“ und des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 8 „Oldenburger Straße / Bahnhofstraße“ erlassen wurden, haben weiterhin Bestand.</i></p> <p><i>Werbeanlagen, die in den Geltungsbereichen der o. a. Bebauungspläne errichtet werden und gleichzeitig vom Geltungsbereich dieser Satzung erfasst werden, müssen damit sowohl den Anforderungen des jeweiligen Bebauungsplanes entsprechen als auch den Anforderungen dieser Satzung.</i></p>
---	--

**noch
Handwerkskammer Oldenburg**

5.

§ 3

a) Bezugnahme auf § 50 Abs. 4 NdsBauO

Es wird nicht deutlich, ob die in § 3 Abs. 1 genannten Gebiete zusätzlich zu dem in § 1 genannten 40-m-Gürtel unter die Satzung fallen oder ob nur die Grundstücke erfasst werden sollen, die in dem 40-m-Gürtel und in einem der genannten Gebiete liegen.

Soweit letzteres der Fall ist, erscheint es uns auch denkbar, in § 1 zu regeln, dass alle Flächen innerhalb des 40-m-Gürtels erfasst werden, unabhängig von ihrem planerischen Status (beplant oder unbeplant).

Die Regelung des § 3 könnte sich dann auf die Aussage beschränken, dass in dem Korridor von 40 m ausschließlich Werbung an der Stätte der Leistung zulässig ist.

6.

§ 3

b) Werbung an der Stätte der Leistung

Bezüglich der Werbung an der Stätte der Leistung möchten wir anmerken, dass auch wir es grundsätzlich für sachgerecht halten, die Werbung möglichst nah an der Stätte der Leistung zu platzieren.

Dennoch möchten wir zu bedenken geben, dass es insbesondere für versteckter liegende Betriebe ein legitimes Anliegen ist, auf einer nahe gelegenen geeigneten Fläche für das eigene Angebot zu werben. Denkbar wäre auch, dass Betriebe mit wenig Platz auf dem eigenen Grundstück durch Anmietung von Werbeflächen auf einem benachbarten Grundstück auf die eigenen Leistungen hinweisen möchten.

Vor diesem Hintergrund würden wir es begrüßen, wenn eine Regelung gefunden werden könnte, nach der die Werbung z. B. in einem bestimmten Umkreis um die Stätte der Leistung zulässig ist.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 5.

Der Anregung wird gefolgt.

Der § 3 Satz 1 erhält nunmehr folgende Fassung:

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieser Satzung sind Werbeanlagen nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig.

zu 6.

Der Anregung wird gefolgt.

Der § 3 erhält nunmehr folgende Fassung:

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieser Satzung sind Werbeanlagen nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z. B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).

Ausgenommen von dieser Regelung sind:

- *Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,*
- *Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden.*

Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Stätte der Leistung angrenzt.

**noch
Handwerkskammer Oldenburg**

7.

§ 4

a) Bewegliche Werbeanlagen

Nach § 4 Nr. 1 sind bewegliche Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche größer als 1 qm unzulässig.

Aus unserer Sicht ist nicht eindeutig, was unter beweglichen Werbeanlagen zu verstehen ist. Denkbar wäre, hierunter nicht nur bewegliche (z.B. rollbare) Aufsteller oder Werbeanlagen mit beweglichen Elementen (wie z.B. sich durch Wind drehende Schilder), sondern auch die Werbung auf Fahrzeugen und Anhängern zu fassen.

Soweit § 4 Nr. 1 auch ortsveränderliche Werbeanlagen ansprechen soll, steht dies im Widerspruch zu dem Verweis in § 2 Nr. 2.3 des Entwurfs, nach dem die Satzung für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 NdsBauO - und damit ausschließlich für örtlich gebundene Einrichtungen - gilt.

Durch eine Erläuterung oder Klarstellung würde das Verständnis der Regelung erleichtert.

8.

§ 4

b) Werbeanlagen mit Beschallung

Nach § 4 Nr. 5 der geplanten Satzung sind Beschallungen zum Zwecke der Werbung nicht zulässig.

Bezüglich dieser Regelung möchten wir darauf hinweisen, dass eine zeitgemäße und dennoch unaufdringliche Schaufenstergestaltung durchaus beschallende Elemente enthalten kann (wie z.B. Info-Filme auf kleinen Bildschirmen in Fenstern von Augenoptikern oder Hörgeräteakustikern). Durch die Vorgabe einer maximalen Größe würde übermäßige oder aufdringliche, das Ortsbild verunstaltende Werbung verhindert, andererseits aber die Information der Kundschaft in angemessener Form ermöglicht.

Des Weiteren würden wir eine Klarstellung begrüßen, dass zum Beispiel eine Beschallung im Rahmen von Betriebsjubiläen oder Tagen der offenen Tür zulässig ist. Anderenfalls wäre es kaum möglich, derartige Ereignisse angemessen und zeitgemäß mit Musik und gesprochenen Texten zu begleiten.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 7.

Der Anregung wird gefolgt.

Der § 4 Satz 1 Nr. 1 erhält nunmehr folgende Fassung:

1. Werbeanlagen mit beweglichen Teilen mit einer Ansichtsfläche größer als 1 qm

Ergänzend dazu wird auch der § 4 Satz 1 Nr. 3 wie folgt konkretisiert:

3. Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die diesem Farbspektrum entsprechen,

zu 8.

Der Hinweis wird beachtet.

Monitore in Schaufenstern gehören zur Schaufensterdekoration und sind demnach gemäß § 3 nicht Gegenstand der Satzung.

Zwar wird der § 4 Satz 1 Nr. 5 in der bisherigen Fassung beibehalten, in der Begründung wird jedoch darauf hingewiesen, dass gemäß § 5 der Satzung Werbeanlagen mit Beschallung zu besonderen Anlässen (z. B. Betriebsjubiläen oder Gemeindefeste) auf Antrag bei der Gemeinde Rastede zeitlich begrenzt zugelassen werden können.

DB Netze**(Stellungnahme vom 24.06.13)****1.**

Die geplante Bauleitplanung „Aufstellung einer örtlichen Bauvorschrift zur Regelung von Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes“ befindet sich u. a. im Schutzstreifenbereich unserer planfestgestellten Bahnstromleitung Nr. 545 Rastede - Elsfleth. Wir haben daher folgende Anmerkungen zu machen.

- Für Bebauungen, auch Werbetafeln, im Bereich unserer planfestgestellten Bahnstromleitung Nr. 545 gilt ein Schutzstreifen von ca. 19 m rechts und links der Trassenachse.
- Bei Baumaßnahmen innerhalb des Schutzstreifens sind die maximalen Bauhöhen im Vorfeld mit der DB Energie abzustimmen.
- Es ist eine harte Bedachung nach DIN 4102 Teil 7 vorzusehen.
- Alle am Gebäude befindlichen metallischen Objekte (z. B. Bleche, Dachrinnen, usw.) sind in einen umfassenden Potentialausgleich einzubeziehen.
- Im Schutzstreifenbereich dürfen keine feuergefährlichen und zum Zerknall neigenden Stoffe gelagert werden.
- Bei Anpflanzungen von hochwachsenden Bäumen und Sträuchern ist ein Schutzstreifen von 30 m links und rechts der Leitungssachse zu beachten.
- Während der Bauarbeiten muss jederzeit der notwendige Sicherheitsabstand von 3 m zu den auch ausschwingenden Leiterseilen der Bahnstromleitung eingehalten werden. Dies bedeutet, dass z. B. ein Einsatz von Baukränen im Schutzstreifen ca. 19 m links und rechts der Leitungssachse - nicht zulässig ist, auch darf der Wirkungsbereich nicht in diesen hineinragen.

Im Hinblick auf die durchzuführenden Bauarbeiten wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass jede Annäherung an die stromführenden Teile der 110-kV-Bahnstromleitung, insbesondere mit Baukränen, Mobilkränen, Gerüststangen usw. mit Lebensgefahr verbunden ist. Die DB Energie übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, die mit den noch auszuführenden Bauarbeiten in Zusammenhang stehen. In der Nähe von stromführenden Hochspannungsleitungen ist mit elektromagnetischen Beeinflussungen zu rechnen. Die DB Energie erstattet weder Entschädigungen noch die Kosten für evtl. erforderliche Abschirmungen. Die DB Energie haftet nicht für Schäden an Objekten, die infolge Witterungseinflüsse z. B. von den Stromseilen herabfallendes Eis auftreten.

Abwägung der Gemeinde Rastede**zu 1.**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**DB Services Immobilien GmbH
(Stellungnahme vom 24.06.13)****1.**

Die DB Services Immobilien GmbH, als von der DB Netz AG und DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o. a. Verfahren.

Gegen die Aufstellung einer örtlichen Bauvorschrift zur Regelung von Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes Rastede bestehen grundsätzlich keine Bedenken, wenn nachfolgende bahnrelevante Belange eingehalten werden.

Durch die Planungen dürfen der DB Netz AG keine Schäden oder nachteilige Auswirkungen entstehen.

Das Plangebiet befindet sich an der planfestgestellten Eisenbahnstrecke 1522 .Oldenburg - Wilhelmshaven. Für diese Strecke sind Ausbaumaßnahmen beschlossen worden; u. a. die Elektrifizierung der Strecke.

Wegen der von der benachbarten Bahnanlage auf das Plangebiet einwirkenden Immissionen (Lärm, Erschütterungen, elektromagnetische Beeinflussungen nach Fertigstellung der Elektrifizierung, etc.) sind vom Bauherrn Schutzanlagen in dem Umfang herzustellen, dass die Einhaltung der in den jeweils geltenden Bestimmungen vorgesehenen Grenzwerte sichergestellt ist.

Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass aufgrund von bestehenden und ggf. zu erwartenden Emissionen - und letztendlich auf das Plangebiet einwirkende Immissionen - aus einer Steigerung des Eisenbahnverkehrs, keine Forderungen an die DB Netz AG gestellt werden können.

Werbeeinrichtungen an und in der Nähe von Bahnübergängen (BÜ) dürfen die Sicherheit am BÜ nicht beeinträchtigen. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Maßnahme sind die Bahnrichtlinien „Bahnübergangsanlagen planen und instand halten“ Nr.: 815.0010 in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift (VwV) zur StVO zu § 33 Abs. 1 u. 2 zu berücksichtigen.

Abwägung der Gemeinde Rastede**zu 1.**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**Oldenburgische
Industrie- und Handelskammer
(Stellungnahme vom 24.06.13)**

Die Gemeinde Rastede verfolgt mit der Aufstellung der oben genannten Satzung das Ziel, die Werbung an den Hauptdurchfahrtsstraßen zu regeln. Das Interesse der Gewerbetreibenden an der Präsentation soll mit dem Schutz des Erscheinungsbildes der einzelnen Ortschaften in Einklang gebracht werden.

Die Oldenburgische IHK äußert sich zu dem Vorentwurf:

1.

Die Aufstellung einer Außenwerbesatzung ist grundsätzlich zu begrüßen, wenn das Ziel verfolgt wird, die Erhaltung und Qualifizierung der städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten einer Gemeinde mit der qualitativen Aufwertung der Werbemöglichkeiten für die Gewerbetreibenden zu verbinden.

2.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Akzeptanz der Satzung durch die Gewerbetreibenden maßgeblich dafür ist, die avisierten Ziele zu erreichen. Nach unserem Kenntnisstand ist bisher keine Abstimmung mit dem Handels- und Gewerbeverein (HGV) Rastede e. V. erfolgt. Dies halten wir jedoch für unbedingt erforderlich. Der HGV sollte in den weiteren Erarbeitungsprozess der Satzung eng einbezogen werden.

Die Bedürfnisse der Händler an zeitgemäße Werbemöglichkeiten sollten sachgerecht in der Werbesatzung berücksichtigt werden.

3.

Außerdem sollte unter anderem überlegt werden, wie Gewerbetreibende in Nebenstraßen auf sich aufmerksam machen können und gleichzeitig die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten gewahrt bleiben.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

zu 2.

Der Anregung wird gefolgt.

Zwischenzeitlich hat ein Abstimmungsgespräch mit dem Handels- und Gewerbeverein (HGV) Rastede e. V. stattgefunden. Der HGV macht keine Einwände gegen den beabsichtigten Regelungsinhalt der Satzung geltend.

zu 3.

Der Anregung wird gefolgt.

Bei Bedarf wird die Gemeinde Rastede hierzu entsprechende Überlegungen anstellen und mit den betroffenen Gewerbetreibenden abstimmen.

**Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
(Stellungnahme vom 24.06.13)**

1.
Seitens des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg werden aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Einwände erhoben. Anregungen und Hinweise sind ebenfalls nicht vorzubringen.

2.
Wir bitten nach Rechtskraft um Übersendung einer Ausfertigung der Planunterlagen in Papierform.

3.
Hinsichtlich der Erforderlichkeit und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind keine weiteren Anforderungen zu stellen.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.
Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

zu 2.
Der Bitte wird gefolgt.

zu 3.
Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.